



Pädagogische Hochschule Freiburg · Kunzenweg 21 · 79117 Freiburg

An alle Studierenden der PH Freiburgt

AStA

Name Vertreterin/Vertreter
Kramer

Tel. +49.(0)761.682-370
Fax +49.(0)761.682-???
asta@ph-freiburg.de

bearbeitet von / Aktenzeichen
JMK

01.07.2007

Resolution der Studierendenschaft PH Freiburg

Die Studierendenschaft der Hochschule begrüßt die Maßnahme des offenen Briefes zur aktuellen Schulstrukturdebatte der 96 Grund- und HauptschulrektorInnen an Herrn Rau sowohl in Vorgehensweise wie Inhalt. Die Lage unseres Bildungswesens und der zuständigen Politik rechtfertigt das öffentliche Vorgehen ausgiebig genug, als dass über die Vorgehensweise der SchulleiterInnen diskutiert werden darf.

Als LehrerInnen in Ausbildung beschäftigen wir uns ausführlich mit der Institution Schule, ihren Aufgaben und Pflichten sowie ihren Möglichkeiten, zu einer nachhaltigen, gerechten, sozialen und wettbewerbsfähigen Gesellschaft beizutragen. Immer öfter stoßen wir dabei an Grenzen und Widersprüche, die sich für uns nicht mehr in Einklang bringen lassen und einer aktuellen Reformierung des Bildungswesens im Wege zu stehen scheinen. Insbesondere die frühe Selektion der Schulkinder auf drei nach Leistung abgestufte Schultypen erscheint uns überholt und ungeeignet zur Förderung aller SchülerInnen. Sowohl im In- wie auch im Ausland gibt es Beweise dafür, dass alle Schulkinder von längeren gemeinsamen Lernphasen profitieren.

Dass Denken und Lernen vielseitig vernetzt stattfindet, ist eines der ersten Dinge, die wir Studierende dieser Hochschule hier lernen. Warum jedoch SchülerInnen diese Vernetzung vorenthalten wird, ist uns unbegreiflich. Anstatt dass Schule nach vier Jahren hart und subjektiv (= da durch Menschen) entscheidet, welche SchülerInnen zumindest statistische Chancen auf eine Karriere in Deutschland erhalten, wünschen wir uns als die LehrerInnen von morgen eine Schule, in der sich Kinder jenseits von solch bedrohlichen Zukunftsprognosen gemeinsam entwickeln und (aus)bilden können.

Die im Lande ergriffenen Maßnahmen zur Verbesserung der Schulsituationen und der Lehre erscheinen uns keinesfalls mutig und entschlossen genug, um die selbst ausgerufenen Ziele zu erreichen. Darüber hinaus sind wir mit den Zielsetzungen und Umsetzungsversuchen selbst nicht einverstanden. So tadeln wir den erhöhten Leistungsdruck in allen Schultypen, die Heraufsetzung der Deputate und die Verlängerung der Arbeitszeit bis in den Renteneintritt, die Einstellungspolitik des Landes und die Art und Weise, wie mit der Schulstrukturdebatte im Allgemeinen und der Hauptschuldebatte im Speziellen umgegangen wird. Auch die angepriesene wachsende Autonomie der Schulen ist nicht erkennbar. Dabei läge gerade hier eine gute Möglichkeit, die Schulen durch mehr Selbststeuerung einerseits zu verpflichten, andererseits von der schwerfälligen Last der Bürokratie zu befreien. Dass allein die selbstverantwortliche Einstellungspolitik häufig Wunder bewirken kann, ist aus der freien Wirtschaft (und von freien Schulen) längst bekannt.

Die Schulen und das Bildungswesen Baden-Württembergs scheinen gerade im Begriff, sich in eine Richtung zu entwickeln, welche sich aus pädagogischer Sicht kaum mehr nachvollziehen lässt. Anstatt die Gelegenheit beim Schopfe zu packen und die Klassenstärke zu verringern, LehrerInnen zu entlasten und Schule für alle Beteiligten freier und erfolgreicher zu gestalten, führen die Maßnahmen des Landes zu gegenteiligen Effekten. Es drängt sich dem Betrachter die Vermutung auf, dass die politischen Entscheidungen der Regierung und des Kultusministeriums nicht allein nach wissenschaftlichen und allgemeingesellschaftlichen Erkenntnissen dem Wohle von Schülerinnen, LehrerInnen und Gesellschaft dienen sollen; sondern verzweifelt an einem längst überholten Parteiprogramm festhalten.

Vor der vergangenen Landtagswahl hieß die Agenda der Regierung noch, bis 2011 keine Lehrerstellen zu streichen. Wie überholt das ist, zeigt ein Blick auf die Entwicklung der Einstellungszahlen von LehrerInnen. Ein Großteil der Ausgebildeten steht arbeitslos auf der Straße, obwohl zu Beginn des Studiums die Einstellungschancen noch als wundervoll prognostiziert wurden.

Durch Stellenstreichungen, -sperrungen, Erhöhung des Deputats u.v.m. fielen dieses Jahr über 1000 Lehrerstellen in Baden-Württemberg weg.

Nun aber eine der wenigen zu befürwortenden Maßnahmen, die Einstellung von Hilfslehrern nach skandinavischem Modell, als Rettung der Hauptschulen darzustellen, erscheint uns gleich doppelt als Farce. Erstens ist das Problem der Hauptschule hausgemacht und somit jede Maßnahme zur Verbesserung der Schulsituation die unerlässliche Pflicht des Landes. Zu mindestens genau so viel Empörung aber führt die Maßnahme, dass nun arbeitslose Lehrer als minder bezahlte Hilfskräfte die katastrophale Einstellungspolitik verschleiern helfen sollen. Außerdem zeichnet sich hierin deutlich ein erster Schritt hin zur Abschaffung des Beamtenstatus ab. Da Hilfskräfte nur nach Bundes-Angestellten-Tarif (BAT) bezahlt werden sollen, wäre es nicht nur die schleichende Abschaffung des Beamtentums,

sondern gleichzeitig auch noch eine enorme Verbilligung der Lehre, sollte sich dieses Vorgehen ausdehnen.

Wir fordern sämtliche Parteien und Fraktionen auf, endlich eine nachhaltige Bildungspolitik möglich zu machen, über Parteischarmützel hinweg zu sehen und das Wohl der SchülerInnen und LehrerInnen, der Institution Schule, ja des gesamten Bildungswesens in den Vordergrund ihres politischen Handelns zu rücken.

Wir können es uns in Deutschland schlichtweg nicht leisten, mit der Ressource Bildung so sparsam und selektiv umzugehen, sondern müssen sie als unsere einzige Chance im globalen Miteinander begreifen.

Die Studierendenschaft der PH Freiburg